

GiB-Jahresbericht 2018

Berlin, Februar 2019

Liebe Freundinnen und Freunde von GiB,

den Anfang und das Ende des Jahres 2018 markieren zwei besonders wichtige Ereignisse für unsere Arbeit: Am 3. Januar starteten wir mit einer Pressekonferenz die Volksinitiative »Unsere Schulen« gegen die Schulprivatisierung in Berlin. Und am 20. Dezember lehnten die BezirksbürgermeisterInnen den Privatisierungsvertrag ab. Dazwischen liegt eine ganze Menge: über 30.000 gesammelte Unterschriften, öffentliche Aktionen und Veranstaltungen, zahlreiche Presseinterviews, eine dreistündige Anhörung mit unzähligen Vorbereitungsstunden, Briefe an die politischen EntscheidungsträgerInnen, zwei Studien, juristische Schritte und vieles mehr. Wir haben es geschafft, die Schulprivatisierung 2018 zu verzögern – dank der Arbeit vieler Aktiver und dank der finanziellen Unterstützung von Menschen wie Ihnen. Bleiben Sie uns bitte auch 2019 verbunden – helfen Sie, die Daseinsvorsorge vor der Privatisierung zu schützen.

Mit herzlichen Grüßen

Laura Valentukeviciute und Carl Waßmuth für das GiB-Team



1. Der Verein

Am 19. Oktober starb unser langjähriger Mitstreiter und GiB-Mitbegründer Prof. Dr. Jürgen Schutte nach langer Krankheit. Wir haben mit Jürgen einen Freund und eine der wichtigsten Stützen des Vereins verloren. Im Februar 2018 konnten wir noch einmal ein Interview mit Jürgen Schutte in der Zeitschrift Lunapark21 veröffentlichen.

2. Das GiB-Büro

Anfang Mai kehrte Laura Valentukeviciute aus der zweiten Elternzeit zurück. Jana Mattered, die Laura während der Elternzeiten vertrat, schied im Juni aus. Im Dezember wechselte Carl Waßmuth von der Honorartätigkeit ins Angestelltenverhältnis bei GiB. Darüber hinaus gehört Clara Statterger-Sievers zum GiB-Stammpersonal. Alle Angestellten arbeiten in Teilzeit. Temporär wurden sie von Katrin Kusche und Michael Poetschko auf Honorarbasis unterstützt. 2018 waren zusätzlich Fiona Thiede und Ludwig Lindner für GiB im Rahmen der Volksinitiative »Unsere Schulen« tätig.

3. Unsere Aktivitäten

3.1 Schulprivatisierung in Berlin

Das Thema bestimmte unsere Arbeit im letzten Jahr. Im Rahmen der Unterschriftensammlung organisierten wir zahlreiche Aktiventreffen, betreuten Infostände oder zogen einfach mit Klemmbrettern durch die Stadt, um Unterschriften zu sammeln. Wir hielten Vorträge, schrieben Briefe an die PolitikerInnen und produzierten einen Videoclip, der das Problem auf den Punkt brachte. Mit Hilfe der erfolgreichen Unterschriftensammlung für die Volksinitiative »Unsere Schulen« erstritten wir eine öffentliche Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus. Den maß-

geblichen Privatisierungsvertrag bekamen wir allerdings erst am Vorabend der Anhörung und hatten dadurch keine Chance, kritische Details vor der Anhörung durch unsere Experten bewerten zu lassen. Daraufhin bemühten wir uns, eine einstweilige Anordnung zur Fortsetzung der Anhörung zu einem späteren Zeitpunkt zu erreichen. Dem gab das Landesverfassungsgericht im Eilverfahren nicht statt. Unsere Organklage wird hingegen 2019 verhandelt. Als Reaktion auf unsere Kritik in der Anhörung kam es zu einem Entschließungsantrag der Regierungskoalition. Darin wurden viele unserer Kritikpunkte bestätigt. Dennoch gaben die Abgeordneten der Koalition grünes Licht für die Schulprivatisierung. Daher riefen wir im Zuge einer E-Mail-Kampagne zu Protestschreiben an die BezirksbürgermeisterInnen auf. Der Rat der BezirksbürgermeisterInnen stoppte daraufhin tatsächlich am 20. Dezember die Senatspläne, äußerte massive Kritik und stellte insgesamt zwölf Bedingungen. Wir haben der Schulprivatisierung viele kleinere und größere Steine in den Weg gelegt und das Vorhaben wesentlich verzögert. Durch uns gelangten umfassende Informationen zu den Privatisierungsvorgängen an die Öffentlichkeit, und der Senat sah sich letztlich gezwungen, den Privatisierungsvertrag Anfang 2019 abzuändern. Aber damit ist die Privatisierung noch nicht vom Tisch. Widerstand ist weiterhin nötig.

3.2 Aktivitäten gegen Privatisierung bundesweit

Ende Januar fand in Leipzig das Bundestreffen gegen Privatisierung statt. Seit dem Frühjahr 2018 sammelt GiB Unterschriften für die Petition »Gemeingüter unter demokratische Kontrolle«. Unsere Erfahrung ist: Gemeinwohl und öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind unvereinbar. Es ist Zeit, ein für alle Mal mit ÖPP Schluss zu machen. Die

Unterschriftensammlung wird 2019 fortgesetzt. GiB unterstützt den Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser in Berlin sowie das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus. GiB äußerte auch Kritik an der seit 2017 an das private Unternehmen Hugendubel übertragenen Medienauswahl und -beschaffung der Zentral- und Landesbibliothek Berlin und forderte eine Rückabwicklung.

3.3 Medienarbeit und Publikationen

Im Jahr 2018 war unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit besonders intensiv und zugleich effektiv. Wir wurden in knapp 100 Beiträgen in diversen Medien erwähnt, darunter Süddeutsche Zeitung, Welt, RBB, Berliner Zeitung, Tagesspiegel, Focus online, RTL, taz, junge Welt und viele Onlinemedien wie die Nachdenkseiten. Gut 12.000 Interessierte haben unseren Infobrief abonniert: Im Jahres-

verlauf verschickten wir 13 Ausgaben. Mehr als 100 Beiträge veröffentlichten wir auf unserer Website. Ende Januar erschien eine 72-seitige Extra-Ausgabe der Zeitschrift Lunapark21. Sie wurde von GiB redaktionell betreut. In fünf Themenblöcken stellen die AutorInnen das Spektrum der aktuellen Privatisierungsoffensive einschließlich des Widerstands dagegen dar. Außerdem erarbeiteten wir eine »Kurzstudie zur Wirtschaftlichkeit der Auslagerung von Krediten für Schulbau und -sanierung in Berlin aus dem Landeshaushalt in eine GmbH« sowie eine »Kurzstudie BSO und Beschäftigte in Berlin und Brandenburg«, verfassten eine 100-seitige Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung und werteten zwei Gutachten aus, die der Berliner Finanzsenator in Auftrag gegeben hat. Dazu gaben wir auch eine juristische Stellungnahme in Auftrag.

3.4 Veranstaltungen und Aktionen 2018 (Auswahl)

03.01.	Katerfrühstück: Start der Volksinitiative »Unsere Schulen« mit einer Pressekonferenz
27./28.01.	Leipzig: Bundesweites Treffen gegen Privatisierung, organisiert von APRI-Netzwerk – Antiprivatisierungsinitiative Leipzig, GiB und attac-AG gegen Privatisierung
21.03.	Erster »Blauer Brief« gegen Schulprivatisierung erscheint, 13 weitere folgten
13.04.	GiB verleiht Bildungssenatorin Sandra Scheeres den Negativpreis »Hubert-Luise« in Gold
18.05.	Workshop »Nachhaltige Wertschöpfung Bau« mit der Baukammer Berlin, der Architektenkammer Berlin, dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe, dem Netzwerk Architekten für Architekten u. a.
03.07.	Volksinitiative »Unsere Schulen« übergibt 30.402 Unterschriften an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses
27.08.	Streitgespräch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Schulprivatisierung und Schuldenbremse
Fortlaufend	Vorträge zur Daseinsvorsorge, Schulprivatisierung und Schuldenbremse: in Hannover, Potsdam, im Stuttgarter Raum und mehrfach in Berlin

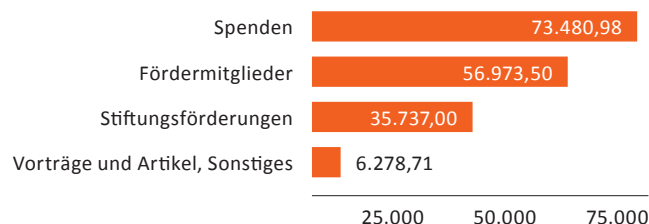
3.5 Mitgliedschaften und Kooperationen

Im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen, offenen Briefen oder Aktionen kooperierten wir 2018 unter anderem mit APRI-Netzwerk Leipzig, Architektenkammer Berlin, attac, Bahn für Alle, Baukammer Berlin, Berliner und Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, Berliner Wassertisch, campact!, Netzwerk Architekten für Architekten und WEED. Auf dem Monatstreffen im Dezember vereinbarte die Berlin-Brandenburger Aktivengruppe des Bündnisses Bahn für Alle eine engere Kooperation mit GiB.

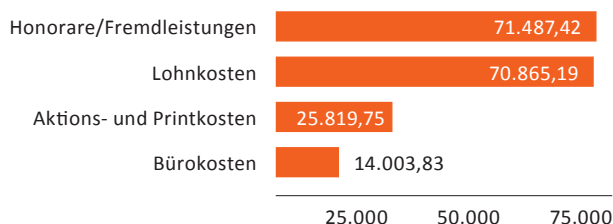
4. Die Finanzen

Im Haushaltsjahr 2018 standen Einnahmen in Höhe von 172.470,19 Euro Ausgaben von 182.176,19 Euro gegenüber. Damit endete das GiB-Geschäftsjahr mit einem Defizit. Für die Durchführung der Volksinitiative »Unsere Schulen« war neben dem unermüdlichen Einsatz der ehrenamtlichen UnterschriftensammlerInnen zusätzliches Personal erforderlich. Gleichzeitig wurde viel Infomaterial benötigt, um mit unseren Hintergrundinformationen in Berlin durchzudringen und das Quorum bei den Unterschriften zu erreichen.

Einnahmen von insgesamt 172.470,19 Euro



Ausgaben von insgesamt 182.176,19 Euro



Quelle: GiB e. V.

GiB-Ausblick 2019

Im Jahr 2019 werden wir unseren Fokus wieder stärker auf bundesweite Aktivitäten und themenübergreifende Privatisierungskritik legen. Zur Schwerpunktsetzung und bundesweiten Vernetzung dient ein Treffen vom 22. bis 24. März in Braunschweig. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Die aktuellen Befunde zu bisherigen Projekten belegen: Öffentlich-private Partnerschaften sind ein schlechtes Geschäft für die öffentliche Hand und die Steuerzahlenden. Die ÖPP-Negativbilanzen zusammenzustellen und für ein Verbot öffentlich-privater Partnerschaften einzutreten wird 2019 einer unserer Handlungsstränge sein.

Darüber hinaus werden wir uns weiterhin gegen die Schulprivatisierung in Berlin stemmen. Die Risiken, die wir in unserer 100-seitigen Stellungnahme zur Anhörung im Abgeordnetenhaus von Berlin beschrieben haben, treten

schon jetzt ein. Es zeichnet sich sogar eine Ausweitung der Schulprivatisierung ab. Wir werden die Entwicklungen weiter beobachten und eine Abkehr von dem Privatisierungsvorhaben einfordern. Dazu werden wir als Nächstes die genauen Kosten unter die Lupe nehmen. Und selbstverständlich wollen wir unsere Organklage vor dem Landesverfassungsgericht Berlin weiter verfolgen. Wir wollen abklären lassen, ob der Berliner Senat das direktdemokratische Instrument Volksinitiative derart übergehen darf, wie es im letzten Herbst mit der Geheimhaltung des Privatisierungsvertrags passiert ist.

Machen Sie mit! Unterstützen Sie unsere Arbeit weiterhin. Unsere Kampagnen gegen Privatisierung brauchen einen langen Atem. Sie kosten viel Zeit und Geld. Wir können diese Arbeit nur mit Ihrer Hilfe leisten!

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit gegen Privatisierung!

- Ich möchte einen Einmalbetrag in Höhe von _____ € spenden.
- Ich möchte Fördermitglied werden mit
 - 5 € 10 € 20 € _____ € monatlich.
- Ich möchte GiB-Patin/Pate werden und spende monatlich _____ €. Wer einen Förderbeitrag ab 25 € pro Monat leistet, wird Patin/Pate von GiB. Die Namen unserer PatInnen veröffentlichen wir auf Wunsch unter: www.gemeingut.org/uber-uns/gib-patinnen

Hiermit ermächtige ich Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V., den oben genannten Beitrag von meinem nachfolgenden Konto abzubuchen:

Kontoinhaber/in _____	IBAN _____
Bank _____	BIC _____
Datum und Unterschrift _____	



Bitte zurücksenden an:

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
 Weidenweg 37
 10247 Berlin
 Oder online spenden:
www.gemeingut.org/spenden

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ **BIC** _____

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Gemeingut in BürgerInnenhand

IBAN
DE20430609671124229100

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

Betrag: Euro, Cent _____

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen) _____ **ggf. Stichwort**
GIB 2019 / 02

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen) _____

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
D E _____ 06

Datum _____ **Unterschrift(en)** _____

Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

IBAN des Kontoinhabers _____

DE

Zahlungsempfänger
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.

IBAN
DE20 43060967 1124229100

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters
GENODEM 1 GLS

Betrag: Euro, Cent _____

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name, PLZ und Straße des Spenders

Kontoinhaber/Zahler: Name

(Quittung bei Bareinzahlung)